

Wo ist die Politik falsch abgebogen?

① Inflation versus Teuerungsausgleich

Die Inflationsbekämpfung hat zentrale Bedeutung

Strompreisbremse, Gaspreisbremse (Entkoppelung Strom/ Gas) Mietpreisbremse

Mehrwertsteuersenkung für Grundnahrungsmittel und Hygieneartikel

Preisbremsen wären auch mit weniger oder ganz ohne Einsatz von Budgetmitteln möglich gewesen.

Abgeschöpfte Gewinne können dagegen auf die bevorzugte Klientel ausgerichtet werden (Steuerabschreibung).

Besser: Vorgeschriebene Sozialtarife statt Gewinnabschöpfung

Schneeballeffekt der Inflation

Preisbremsen wirken auch indirekt - speziell bei Energiepreisen - Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und auf Kollektivverträge. Die EZB will die Leitzinsen erst senken, wenn die Löhne weniger steigen!!!

Wertsicherungsklauseln in Verträgen

Die VPI-Bindung in Verträgen ist im allgemeinen Geschäftsverkehr üblich, aber wegen der Rückwirkungen auf die Inflationsrate schädlich. **Da das Ziel eine 2%-Inflationsrate sein soll, wäre es logisch, alle Wertsicherungsklauseln auf maximal 2% zu begrenzen.**

Beispiel Mietpreise: falsche Klientelpolitik durch die Hausherrenpartei.

Es ist notwendig, die Mieten (nicht nur jene, die dem MRG unterliegen - also auch frei vereinbarte Mieten) auf den Stand von 2022 zurückzuführen und einzufrieren.

Bei Altbauten führen "überzogene" Mietpreise zu einem viel gefährlicheren Effekt:

Wenn Mieter hohe Mieten und gleichzeitig hohe Energiepreise zu stemmen haben, wird **Wohnen in Gründerzeitbauten unattraktiv**. Wohnungen werden unvermietet bleiben.

Was leerstehende Wohnungen bedeuten, ist leicht nachvollziehbar: Die Objekte werden **lukrativen Neubauten weichen** müssen.

Daher führt kein Weg an einem Einfrieren der Mieten vorbei. Das wird auch der Hausbesitzerbund einsehen müssen.

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/EnergieImMehrgeschossigenWohnbau.pdf>

Die bisherigen Fehler bei der Inflationsbekämpfung lassen sich leider nicht mehr rückgängig machen (Senf in die Tube zurück geht auch nicht).

Mehrwertsteuerverzicht absolut

Dauerhafter Mehrwertsteuerverzicht auf absolut notwendige Lebensmittel und Hygieneprodukte.

Produktliste (möglichst genau definierte Standardprodukte): Brot und Gebäck, Milch und Milchprodukte, Seifen, Duschgel, Damenhygiene...

Gegenfinanzierung durch höhere Steuern auf Luxusprodukte und auf Bekleidung (ausgenommen Kinderbekleidung). Gleiche Besteuerung für ultra-fast-fashion und Luxuslabels.

Begleitend: strenge Beobachtung der Marktpreise.

Zuckerbesteuerung nach französischem Vorbild.

Notwendig: Lockerung der EU-Bestimmung über zulässige Anzahl der MwSt.-Tarife.

② Leitzinswahnsinn

Leitzinsanhebung dämpft kaum Konsumausgaben, sondern vor allem Investitionen.

Folge: Zuerst Rezession und nur sekundär Dämpfung der Inflation.

Zu bedenken: Konsumkredite werden oft (unabhängig von Leitzinsen) als **Teilzahlungsangebote vom Handel** übernommen. Also: noch weniger Wirkung auf die Inflation.

Nicht zu vergessen: Zuerst wird das Wirtschaftswachstum gebremst - z.B. in der Bauwirtschaft - erst in der Folge wirkt sich die Leitzinserhöhung auf die Inflation aus.

Dem muss mit einem (teuren) Konjunkturprogramm begegnet werden.

Das Programm bietet natürlich wieder Möglichkeiten der Umverteilung von unten nach oben. (Bevorzugung von Eigenheimen, speziell flächenintensive Bauten - Versiegelung)

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/EZB-Kollateralschaden.pdf>

Staatsausgaben für Investitionen / Bildung / Forschung

Das Ausschütten von Milliarden (z.B. Covid) lässt sich so gestalten, dass die begüterten, die Steuervorteile für Parteispender nutzen können. Man weiß ja, wem man zu danken hat!

Es ist keine Frage, dass die Staatsausgaben anders viel zweckmäßiger eingesetzt werden könnten: Für Investitionen / Bildung / Forschung. Folge: Mehr Wohlstand, höhere Steuereinnahmen... Return on Investment...

Forschungsbeispiele:

Ressourcenmangel → Materialforschung: neue Ersatzmaterialien → neue Technologien, die bisherige Produkte ersetzen

CO2-Abbau → Schwergewicht auf Erzeugung nützlicher Materialien aus CO2

Verwertung von Schweröl → nützliche Produkte

(Alternativnutzung von Schweröl ermöglicht Umrüstung der Schifffahrt auf erneuerbare Energien)

Dieselantrieb/Schwerölantrieb auf der Donau als Forschungsturbo:

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/Schiffsverkehr.pdf>

Weitere Beispiele:

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/bildung.htm#top>

WICHTIG: Offener Bildungszugang - **Abschaffung der Studiengebühren.**
Zusatzeffekt: Langfristig mehr Forschungskapazitäten.

3 Russland**Russisches Gas**

Wie kann es sein, dass 2018 - beim Abschluss der Verträge zwischen Gazprom und der OMV - zwar Putin und Kurz hinter den unterzeichnenden Managern gestanden sind, keiner aber über die Schulter geblickt hat, sodass heute keiner weiß, was in den Verträgen drinnen steht

Der Gasliefervertrag: „Take-or-Pay“-Klausel

Wie kann es sein, dass die ganze Welt glaubt, Österreich profitiere vom billigen russischen Gas, andererseits aber die Preise beim Endverbraucher höher sind, als in anderen Ländern?

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/RussischesGas.pdf>

Gasdiversifizierungsgesetz

Was keinesfalls passieren darf ist, dass die OMV durch gesetzliche Maßnahmen gezwungen wird Gas zu bezahlen, das gar nicht geliefert wird. Das wäre sowohl umweltpolitisch als auch strategisch der Supergau:

Russland könnte doppelt profitieren. Lachend die Zahlungen der OMV einstecken und das Gas in einen Drittstaat verkaufen.

Versorgungssicherheit

Es ist fix zu erwarten, dass ab 2025 kein russisches Gas via Ukraine nach Europa fließt. Die Versorgungssicherheit zu gewährleisten hat Priorität: Eigene Produktion, Norwegen, Finanzierung der fehlenden Pipeline-Verbindung von/nach Deutschland.

Zoll auf russisches Gas und Gas vom Kaukasus

Ist die Versorgung aus anderen Quellen gesichert, gibt es eine einfache Lösung: **Zölle für Import von russischem Gas.**

Die Einnahmen sollen - um die Inflation nicht anzukurbeln - für eine Gaspreisbremse verwendet werden, wobei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Gewerbe, Industrie und privaten Endverbrauchern auszuhandeln ist.

Vom Zoll ausgenommen sollen nur Länder sein, **die nachweisen können, selbst kein russisches Gas zu importieren.** D.h. **Erdgas, das im Kaukasus gefördert wurde, ist beim Zoll russischem Erdgas gleichgesetzt,** solange das Land Gas aus Russland (für eigene Zwecke) bezieht.

Russland-Sanktionen

Immer wieder wird die Wirksamkeit der Russlandsanktionen angezweifelt.

Es soll genau überlegt werden welche Produkte und Dienstleistungen wie sanktioniert werden sollen.

Wenig Sinn macht es, Firmen aus Russland zu vertreiben, deren Produkte auch von lokalen Unternehmen hergestellt werden können. Z.B. Burger kann jeder machen (nicht nur McDonalds). Wenig Sinn macht es auch Luxusprodukte nicht mehr anzubieten. Die Russen sollen ruhig überhöhte Preise zahlen.

ABER: Alle technischen Produkte sollen keinesfalls geliefert werden. Umgehung verhindern: Auch Länder, die aus der EU importieren und an Russland weiter verkaufen sollen sanktioniert werden. Gleiches gilt für russische Exporte, die auf Umwegen nach Europa kommen (siehe auch oben: Gas über Kaukasus).

④ Versiegelungssteuer

Abgabenzahlung mit Freikaufsoption

Die Besteuerung von Grundvermögen ist in Österreich sehr moderat geregelt. Zur Bemessung der Grundsteuer wird nicht der Verkehrswert des Grundvermögens herangezogen, sondern der viel niedrigere Einheitswert. Dadurch bleibt ausreichend Spielraum für eine Zusatzsteuer.

Für Einkaufszentren und für Logistikzentren soll eine (von der Betriebsfläche abhängige)

Versiegelungssteuer eingehoben werden. Die Versiegelungssteuer ist, so wie die Grundsteuer, objektabhängig. An Mieter wird diese ggf. via Betriebskosten weiterverrechnet.

Raumordnung

Die Flächenwidmung soll objektiviert werden (Raumordnungskonzept), wobei den lokalen Politikern nur eine beratende Funktion zukommen soll

Details hier:

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/VersiegelteFlaechen.pdf>

Siehe insbesondere die "normative Kraft des faktischen", Unternehmerlobby, Abschaffung von Steuervorteilen für Gemeinden

Rückbau von Bauruinen, Nutzung Leerflächen (automatische Leerstandsabgabe)

5 Klimawandel

Die Debatte um den Klimawandel dreht sich derzeit hauptsächlich um den Verbrauch fossiler Energien, kaum aber um deren Produktion. Das nützt den Produzentenländern und den Energiekonzernen.

Die Erdölkonzerne haben es geschafft: Konsequentes Lobbying hat den gewünschten Effekt gebracht. Beispielsweise die Mär vom „Footprint“ war geradezu genial. Damit liegt der Fokus auf dem Energieverbrauch.

Die Bewohner der (zugegebenermaßen reichen) Industrieländer fühlen sich schuldig an der sich anbahnenden Klimakatastrophe und sind bereit zu zahlen. Und sie zahlen tatsächlich: Für steigende Energiepreise, für einschneidende Maßnahmen. Sie zahlen mit Geld. Sie zahlen mit Inkaufnahme von Einschränkungen. Sie fühlen sich immer (allein-)schuldig. Sie sind sogar bereit, an die vom Klimawandel schwer betroffenen Entwicklungsländer Entschädigungen zu leisten.

Es ist klar: Das Wohlwollen von Entscheidungsträgern zu erkaufen, ist für die Energielobby um ein Vielfaches billiger, als beispielsweise für Umweltschäden aufzukommen.

Dennoch: Es führt kein Weg daran vorbei, über die Einschränkung der Produktion fossiler Energien nachzudenken. (Ähnliches gilt natürlich auch für andere Rohstoffe).

Um die Umweltbelastung wirklich zu beeinflussen, müsste die Förderung fossiler Energie neu überdacht werden. Ein Produktionsstopp oder auch nur eine Reduktion der Förderung fossiler Energieträger scheint schwierig, muss dennoch unbedingt versucht werden.

Details: <https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/COP-Agenda.pdf>

Der Klimawandel kann nur eingebremst werden, wenn erneuerbare, universell einsetzbare Energien deutlich billiger sind als Gas, Öl und Kohle. Daher führt kein Weg daran vorbei, das Energieangebot schon bei der Produktion zu besteuern.

Details:

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/NeueKlimapolitik.pdf>

⑥ Umverteilung in die falsche Richtung

Steuergutschriften

Beispiel Pendlerhilfe: in Form eines Zuschusses zu einer personenbezogenen "Streckenkarte" und keinesfalls als Abzugsposten bei der Lohn-/ Einkommenssteuer. Dazu müssten die Verkehrsanbieter (ÖBB, Privatbahnen, Verkehrsverbände, Busunternehmer...) ein entsprechendes Ticket (elektronisch oder im Scheckkartenformat) anbieten.

Details: <https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/Pendlerhilfe.pdf>

Ähnliches Beispiel: Ausgleichszahlungen für Treibstoffbesteuerung...

⑦ Elektromobilität

Batterieauto

Elektromobilität wird von der Politik gerne als Gamechanger dargestellt.

Warum das Batterieauto keine (alleinige) Lösung sein kann:

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/elektromobilitaet.pdf>

Alternativ wäre die Konstruktion von extrem sparsamen (2 Liter/100km) Verbrennern zu überlegen. Allenfalls Betrieb mit nachhaltig erzeugtem Biogas.

Problem: Es wird zu wenig Biogas geben. Bedarf für Flugzeuge als Brückentechnologie bis zur Produktionsreife von E-Fuels, Lkw (Großfrächter haben sich schon mit langjährigen Verträgen abgesichert).

Jedenfalls : Einstellung der Förderung von Batterieautos, dafür Förderung von Leihwagen mit elektrischem oder sonstigem umweltfreundlichen Antrieb.

CO₂- Bepreisung:

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/pkwVerkehr.pdf>

LKW:

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/LkwVerkehr.pdf>

Flugverkehr (ein Flugticket darf mehr kosten, als das Taxi zum Flughafen.

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/Flugverkehr.pdf>

Öffis + Carsharing

Für Pendler mag ein Batterieauto eine Lösung sein - allenfalls Förderung von Stromspeicherung + Wegfall der MwSt. bei Solarpaneelen.

Für die Freizeit (vor allem für Stadtbewohner, die keine wirkliche Lademöglichkeit haben) ist der Ausbau des ÖV + Carsharing eine Lösung.

Förderung von Carsharing mit Batterieautos : doppelter Nutzen (Einsparung von Ressourcen)

Details dazu:

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/carsharing.htm#top>

8 Rüstungsausgaben

Angesichts der geänderten Sicherheitslage in Europa scheinen Rüstungsausgaben zweckmäßig zu sein. Es fehlt jedoch das Konzept.

Beispielsweise werden Radpanzer gekauft, ohne zu wissen, ob und wie sie eingesetzt werden können - gibt es überhaupt genug Soldaten dafür?

Es ist geplant in hochmoderne Raketenabwehrsysteme zu investieren (Milliarden belasten das Budget künftiger Bundesregierungen) ohne eine einfache (billige) Drohnenabwehr aufzubauen (Forschungsinvestitionen im Inland wären sinnvoll).

Wir schaffen es nicht mal die ÖSS anzupassen - Russland ist immer noch "wesentlicher Partner" ...

9 Dekarbonisierung Raumwärme

Der Mieter/die Mieterin muss die Energierechnung bezahlen, hat aber wenig Einfluss auf die Art der Energieversorgung. Bei der Wärmedämmung des Gebäudes ist es ähnlich.

Mieter/Mieterin können vielleicht einen Fenstertausch selbst durchführen lassen, nicht aber eine wärmetechnische Gesamtsanierung erwirken. Die Interessenslage der Hauseigentümer ist diametral.

Auch Wohnungseigentümer haben nur bedingt Einfluss auf Wärmedämmung und die Art der Beheizung.

Förderungen sind auf Einfamilienhäuser und auf Neubauwohnungen fokussiert.

Das ungelöste Hauptproblem sind mehrgeschossige Altbauten mit fossilen Heizungen (meist Gasheizungen). Das EWG ist einfach zu kurz gedacht. Die vorgesehenen Phase-Out-Pläne sind schlicht nicht umsetzbar.

Energiekostentragung durch den Hausbesitzer ist im Mietrecht und im Wohnungseigentumsrecht zu verankern.

Details:

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/ewg.pdf>

Errichtung und Betrieb von Geothermie-Hot-Spots

Technische Lösungen, unabhängig vom Fernwärmenetz, das immer noch teilweise auf Gas basiert.

x Direkte Anbindung einer oder mehrerer Objekte (Wohnhausanlage)

x Allenfalls Anbindung an das bestehende Fernwärmenetz

Ausschreibung Dienstleister für die Errichtung und den Betrieb aller Anschlussleitungen vom Hot-Spot bis zum Kunden, einschließlich aller Behördenwege, einschließlich allfälliger Wärmedämmungsmaßnahmen (Förderungsbeantragung und -abwicklung), Zählerablesung und Abrechnung mit dem Kunden.

Varianten:

x Dienstleister (Generalunternehmer) ist ein privatwirtschaftlich geführter Betrieb

x Betrieb oder Dienststelle des Landes/der Gemeinde

Vorbereitung von Lieferverträgen zwischen Anrainern, Dienstleister und Hauseigentümer. WICHTIG: Vorgabe konsumentenfreundlicher Lieferverträge - verbindliche Regelungen für die Berechnung der Aufschläge zu den Produktionskosten. Es sollen keine (unseriösen) Subfirmen zwischengeschaltet geschaltet werden dürfen.

Verhinderung unseriöser Praktiken: Bei Fernwärmeverträgen hat es durchaus Abzocke durch zwischengeschaltete Unternehmungen gegeben.

Details:

<https://dernachdenker.at/WasDieZukunftBringt/DekarbonisierungWohnungen.pdf>

10 CRISPR/Cas (Gen-Schere)

Die Gen-Schere funktioniert grundsätzlich bei allen Organismen. Sie kann in der Tier- und Pflanzenzüchtung und in der Biotechnologie eingesetzt werden.

Pflanzen

In Österreich wird gegen die Verwendung der Gen-Schere unnötigerweise kampagnisiert - von Parteien und teilweise auch von Medien.

Was kaum jemand weiß: Die Methode mittels Doppelstrangbrüchen neue Eigenschaften bei Pflanzen zu erzielen, ist bereits 70 Jahre alt. Die Brüche werden dabei durch radioaktive (!) Strahlung induziert und dann von der Pflanze selbständig „repariert“. Dieses Verfahren steht nicht öffentlich zur Diskussion, es wurde bereits zur Züchtung von 3000 Sorten angewendet und ist sowohl in Österreich als auch in der EU erlaubt.

Die Genomschere CRISPR-Cas wird seit 5 Jahren angewandt. Das Endprodukt unterscheidet sich überhaupt nicht (=„naturidentisch“) von herkömmlichen Züchtungen.

Der Unterschied liegt darin, dass gewünschte Eigenschaften **schnell** und **gezielt** in die Pflanze eingebracht werden können. Das sind zwei Vorteile, denen kein Nachteil gegenübersteht.

Die Anwendung der Genomschere sollte den Landwirten selbst überlassen werden, sie züchten ja laufend auf herkömmliche (langwierige und wenig exakte) Weise. Es wäre widersinnig, ihnen die Verwendung der Genschere zu untersagen. Vielmehr sollten heimische Dienstnehmer **gefördert** werden, die den Landwirten den technisch aufwendigen Teil der Züchtung (reine Dienstleistung) abnehmen.

Anders ist es, wenn fremde Sequenzen ins Genom integriert werden, dann zählt das Ergebnis zu den „gentechnisch veränderten Organismen“ (GVO).

Anders ist es auch, wenn Mutationen geschaffen werden, die einem Konzern zum Vorteil gereichen, also wenn beispielsweise eine genmutierte Pflanze gegen ein Schädlingsbekämpfungsmittel des XY-Konzerns immunisiert wird. Genau deswegen ist es sinnvoll die Entscheidungshoheit den Landwirten zu überlassen.

Nutztiere

Genom-Editing-Verfahren sind bei Tieren erst im Forschungsstadium.

Das Klonen von Tieren (Beispiel Schaf Dolly) ist noch weit von der Realisierbarkeit entfernt.

Am ehesten erfolgversprechend ist es, bloß Tierzellen wie z.B. Fibroblastenzellen zu klonen. Der Vorteil bei diesem Verfahren ist, dass bereits in den Zellen die erfolgreiche genome Editierung überprüft werden kann, so dass die Tiere tatsächlich auch die gewünschte Mutation aufweisen.

Es wird sich zeigen, ob diese oder eine andere Methode erfolgreich realisiert werden kann.

Schon die üblichen Züchtungen sind zum Teil sehr kritisch zu sehen (z.B. Qualzuchtungen bei Hunden).

Ethische Diskussionen über Genom-Editing-Verfahren bei Tieren werden zwingend erforderlich sein, allerdings gesondert für jede Methode.